



NIEDERSCHRIFT

Gremium	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
Sitzungsnummer	38. Sitzung
Datum	Donnerstag, den 11.02.2010
Sitzungsbeginn	18:05 Uhr
Sitzungsende	22:00 Uhr
Sitzungsort	Sitzungsraum Nr. 003/004 des Neuen Rathauses

Anwesend waren: vom Gremium:

Ausschussvorsitzender Heyer,	CDU
Fraktionsvorsitzende Lefèvre,	FW
Stadtverordneter Schäfer,	SPD
Stadtverordnete Droß,	SPD
Stadtverordneter Kleber,	SPD
Stadtverordneter Wagner,	SPD
Stadtverordneter Breidsprecher,	CDU
Stadtverordneter Hedderich,	CDU
Stadtverordneter Müller,	FW
Stadtverordneter Borchers,	B90/Grüne
Fraktionsvorsitzender Dr. Büger,	FDP

vom Magistrat:

Oberbürgermeister Dette,	FDP
Stadtrat Hauptvogel,	FW

von der Verwaltung:

Frau Simon, Kämmerei	ohne
Herr Bauer, Kämmerei	ohne
Herr Gürsch, Büro des Magistrats	ohne

vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Nickel, als Schriftführer
Frau John

ferner war anwesend:

FrkV Michalek, B90/Grüne

AV H e y e r eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Stv. B o r c h e r s bat zu TOP 2, künftig das Wort „Antragsberatung“ in der Formulierung dieses Tagesordnungspunktes wegzulassen, da dies tlw. zu Irritationen geführt habe. Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

Der Ausschuss befürwortete einstimmig die nachstehende

T a g e s o r d n u n g:

TOP 1

Mitteilungen, Anfragen, Niederschriften vom 10.11.2009 und 08.12.2009

TOP 2

Haushalt 2010

- Antragsberatung -

TOP 3

1607/10

Unterstützung der Ausländerbeiratswahlen 2010

I/557

TOP 4

1582/09

Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie

I/554

Mitteilungsvorlage

A b w i c k l u n g der Tagesordnung:

TOP 1

Mitteilungen, Anfragen, Niederschriften vom 10.11.2009 und 08.12.2009

Mitteilungen

Zuschüsse für den Schwarz-Rot-Club

Aufgrund der Anfrage von FrkV M i c h a l e k sagte OB D e t t e zu, eine Aufstellung über den Umfang der Zuschüsse dieser Niederschrift als Anlage beizufügen.

Nutzung von Schulräumen in Garbenheim durch Vereine - Prüfungsergebnis

Zur Sachstandsnachfrage von Stv. D r o ß informierte StR H a u p t v o g e l, dass bezüglich der Flächen mit dem Lahn-Dill-Kreis eine Nutzungsvereinbarung bestehe. Für diese Flächen müsse die Stadt für die Bauunterhaltung und den Brandschutz sorgen. Hinsichtlich des Brandschutzes erarbeite der Lahn-Dill-Kreis ein neues Konzept. Dies könne zu Einschränkungen führen. Dann sei eine Lösung mit den Vereinen zu suchen. Die Frage von Stv. D r o ß, ob die Vereine über den Sachstand informiert seien, wurde von StR H a u p t v o g e l bejaht. Er führte ferner aus, das Konzept des Architekten sei in Verbindung mit den Vereinen genau zu prüfen und anschließend eine einvernehmliche Lösung mit den Vereinen und dem Lahn-Dill-Kreis zu finden. Es werden weitere Termine in dieser Angelegenheit mit den Vereinen und dem Ortsbeirat stattfinden.

Anfragen

Schreiben des DGB

Zur Nachfrage von Stv. K l e b e r, ob seitens der Stadt das Schreiben beantwortet worden sei, gab OB D e t t e zur Kenntnis, dass StR Hauptvogel an der Veranstaltung teilnehmen werde.

Haushaltssicherungskonzept

Stv. K l e b e r merkte an, das HMdI schreibe ein solches Konzept vor. Er bitte um Auskunft, ob dieses Konzept bei der Verabschiedung des Haushaltes vorliegen müsse. OB D e t t e wies in diesem Zusammenhang auf das Gespräch mit den Fraktionsvorsitzenden hin und kündigte die Vorlage eines Haushaltssicherungskonzeptes für die nächste Sitzungsrunde an.

Gehwegplatten Karl-Kellner-Ring

Stv. W a g n e r interessierte zu erfahren, ob für eine solche Maßnahme Mittel im Haushalt zur Verfügung stünden. OB D e t t e klärte darüber auf, dass ein Gespräch mit Prof. Erbach geführt werde. Dieser werde die Angelegenheit aus Sicht der Bürger darstellen. Evtl. werde die Maßnahme im Nachtragshaushaltsplan berücksichtigt.

Lärmschutz Garbenheim

Stve. D r o ß bezog sich auf eine Diskussion im Ortsbeirat Garbenheim, in der es um die Finanzierung gegangen sei. Sie bat darum, dies auch hier im Ausschuss darzustellen.

- Die dazu ergangene Antwort des Oberbürgermeisters wurde auf Antrag der Stv. Droß wörtlich protokolliert -

OB D e t t e:

„Sie haben ja zur Kenntnis genommen, dass der Staatssekretär Saebisch auch auf mein Drängen hin mit dem Bund Kontakt aufgenommen hat und aufgrund neuerer Richtlinien jetzt davon ausgeht, dass es eine Verpflichtung des Bundes für Lärmschutz gibt - auch in der Ortslage Garbenheim - unter der Voraussetzung, dass ein Standstreifen dort mit angebaut wird. Das war vorher nicht so eindeutig. Also unabhängig von den Verkehrsmengen, die sich dort in irgendeiner Weise mit entwickeln.

Dass zweitens der Bund schon seit längerem aus Verkehrssicherheitsgründen der Auffassung ist, dass dort Standstreifen angebaut werden sollen. Da gab es ja sogar mal die Idee der Verlagerung der gesamten Fahrbahntrasse in Richtung Norden mit, aber davon ist man aus Kostengründen abgekommen und das Hessische Straßenbauamt in Dillenburg hat also nachhaltig nachgewiesen - auch gegenüber dem Bund - dass das die kostengünstigste Lösung ist: Beibehaltung der vorhandenen Trasse, Anbau von Standstreifen und Lärmschutzanlagen dort mit dazu.

Vor diesem Hintergrund habe ich darauf hingewiesen, wenn der Bund beschließt, dass dort entsprechende Standstreifen angebaut werden sollen, Lärmschutzanlagen kommen, wir als Stadt Wetzlar - und ich beziehe mich dabei auf den Stadtverordnetenbeschluss, Drittelfinanzierung Stichwort, den wir gefasst haben, die Bereitschaft besteht, Vorfinanzierungskosten für den Bereich Lärmschutz in Anspruch zu nehmen, wenn dort die Möglichkeit besteht, ggf. wenn der Bund die Gesamtmaßnahme vorzieht und wir dann im Bereich für die Lärmschutzanlage Finanzierungskosten für einen mittleren Zeitraum. Wie gesagt, wir haben ja im Stadtverordnetenbeschluss festgestellt, bis zu einem Drittel der Gesamtkosten, das wären dann Vorfinanzierungskosten, zu übernehmen.

Zum zweiten habe ich darauf hingewiesen, wenn diese Maßnahme durch einen Bebauungsplan im Gegensatz zu einem Planfeststellungsverfahren unterstützt werden kann, dann wären wir sicherlich aufgrund der städtischen Interessenslage für den Lärmschutz bereit und willens, diesen Bebauungsplan hier zu erarbeiten und die dafür erforderlichen Kosten - im wesentlichen sind es ja interne Kosten - zu übernehmen.“

Niederschriften vom 10.11.2009 und 08.12.2009

10.11.2009

Seite 7, TOP 3: Stv. W a g n e r bat um Änderung der Protokollierung wie folgt:

„Stv. W a g n e r fragte nach der Zeitdauer, die für die Konzepterstellung zu veranschlagen sei. OB D e t t e gab bekannt, dass er hierüber in der morgigen Ältestenratssitzung berichten wolle. Außerdem fragte Stv. W a g n e r nach, ob angesichts der Konzepterstellung die für den Ausbau der Bahnhofstraße eingestellte VE mit dem Nachtragshaushalt abgesetzt werden solle. OB D e t t e erklärte, die VE solle

abgesetzt werden. FrkV **M i c h a l e k** vertrat die Auffassung, dass erst ein Gesamtkonzept her müsse, dann könne einer Verpflichtungsermächtigung zugestimmt werden. Es sei noch keine Entscheidung über die Auswahl eines Planungsbüros getroffen, erklärte OB **D e t t e**. Stv. **W a g n e r** teilte mit, dass er die **Einbindung der Fraktionen in das Verfahren zur Auswahl des Planungsbüros als erforderlich ansehe und verwies auf das Verfahren zur Umgestaltung des Bahnhofareals.**

08.12.2009

Seite 5, erster Absatz unter „Anfragen“: Stv. **D r o ß** erklärte, dass die dort genannte Drucksachen-Nr. falsch sei. Sie habe sich auf Drucksachen-Nr. 1493/09 - I/543 „Kindergarten Wetzlar-Garbenheim - Anbau“ bezogen.

Beide Niederschriften wurden mit den o. g. Änderungen einstimmig genehmigt.

TOP 2

Haushalt 2010

- Antragsberatung -

Haushaltsplan

Seite 22 - Deckungsfähigkeit § 20 GemHVO-Doppik

Stv. **B o r c h e r s** bezog sich auf die Deckungsfähigkeit gemäß § 20 Abs. 1 und 2 GemHVO-Doppik und bat um Auskunft zu den haushaltsrechtlichen Beziehungen. OB **D e t t e** sagte Prüfung bis zur Ältestenratssitzung am 18.02.2010 dahingehend zu, ob dies Bestandteil der Satzung sein müsse.

Seite 33/34

Stv. **W a g n e r** bemängelte die unterschiedlichen Bezeichnungen für Erträge/Entgelte.

Seite 52 - Unterstützung der Städt.versammlung und des Ausländerbeirates

Stv. **B r e i d s p r e c h e r** befand, dass die Beträge für die Aufwandsentschädigung für ehrenamtlich Tätige falsch seien. OB **D e t t e** bestätigte, dass die Beträge versehentlich in der alten Fassung abgedruckt worden seien.

Seite 54 - Unterstützung des Magistrats und der Ortsbeiräte

Stv. **K l e b e r** wollte die Aufwendungen für Verwaltungsmodernisierung in Höhe von 11.500 € aufgelistet wissen. OB **D e t t e** sagte Klärung zu.

OB **D e t t e** schlug im Gesamtzusammenhang vor, für die nächsten Haushalte den Fraktionen jeweils einen Kontenplan vorzulegen. Aus dem Kontenplan seien die Details ersichtlich. Dieser Vorschlag fand einhellige Zustimmung. Stv. **W a g n e r** führte aus, der Informationsfluss sei besser geworden, kritisierte jedoch fehlende Fallzahlenaufstellungen gegenüber dem Vorjahr.

Seite 78 - Innere Verwaltung / Personalverwaltung

Stv. H e d d e r i c h interessierte die Differenz zwischen Kostenersatzleistungen und -erstattungen bei der Erläuterung und der Veranschlagung im Teilergebnishaushalt (Pos. 3) zu erfahren. OB D e t t e sagte Beantwortung zu.

Seite 78 - Innere Verwaltung / Personalverwaltung

Stv. K l e b e r fragte nach dem Personenkreis für die Versorgungsaufwendungen (Pos. 12). Es handele sich um alle Pensionsempfänger, führte OB D e t t e aus. Ferner, so OB D e t t e, sei die Erläuterungssumme höher als im Teilergebnishaushalt (Pos. 3) dargestellt.

Seite 89 - Innere Verwaltung - Internes und externes Rechnungswesen

Stv. K l e b e r interessierte zu erfahren, wofür die Aufwendungen für Steuerberatungen i. H. v. 10.000 € erforderlich seien. OB D e t t e gab zur Kenntnis, dass mit der Fa. Schüllermann eine 3-jährige Vereinbarung bestehe. Bei der genannten Summe handele es sich um Honorare für die Eröffnungsbilanz sowie den Abschluss.

Seite 90/92 - Zahlungsverkehr, Buchhaltung und Verwahrung von Wertgegenständen

Zu den Fragen von Stv. H e d d e r i c h (Seite 90, Pos. 21 und Seite 92 „Finanzträge“) nannte OB D e t t e die entsprechenden Beträge.

Seite 92 - Zahlungsverkehr, Buchhaltung und Verwahrung von Wertgegenständen

Zu den Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen beantwortete OB D e t t e die Fragen von Stv. K l e b e r.

Seite 96 - Zentraler Rechtsservice

Stv. K l e b e r erkundigte sich, was verschiedene Aufwendungen für Orts- und Schiedsgericht beinhalten. Es handele sich u. a. um Fortbildungs- und Bürokosten, erläuterte OB D e t t e.

Seite 100/101/102 - Stadtbüro

Stv. W a g n e r sprach die Aufwendungen für Stadtbüro / Stadtteilbüros an. OB D e t t e erklärte die Erstattungen und Aufwendungen.

Seite 100 - Stadtbüro

Stv. K l e b e r sprach die Ansatzdifferenz in Pos. 3 an. OB D e t t e sagte Beantwortung bis zur Sitzung des Ältestenrates am 18.02.2010 zu.

Seite 103 - Unterhaltung und Bewirtschaftung von städt. Grundstücken und baulichen Anlagen

Stv. K l e b e r machte auf die Veränderungen in Pos. 11 aufmerksam. StR H a u p t -

v o g e l führte aus, es handele sich um veränderte Zuordnungen.

Seite 109 - Sanierung, Pflege und Unterhaltung von städtischen Grünflächen, Wegen und Kinderspielplätzen

Hinsichtlich der Beschaffung von Fahrzeugen interessierten Stv. K l e b e r die Rundfunkgebühren für dort eingebaute Radios. Es gebe bei den Gebühren keine Gruppentarife. An dem Sachverhalt habe sich nichts geändert, konstatierte StR H a u p t v o g e l.

Seite 116/117 - Bebauter und unbebauter Grundbesitz

Stv. H e d d e r i c h wies auf die Beträge für Sach- und Dienstleistungen hin (Pos. 13) Frau S i m o n erklärte, es seien falsche Zahlen angegeben worden.

Seite 119 - Miet- und gewerblich genutzte städtische Gebäude

Stv. K l e b e r hinterfragte die Ansätze bei den Strom- und Gaskosten. OB D e t t e betonte, es handele sich um städtische Wohnungen, wo es wegen Renovierungs- und Sanierungsarbeiten zu Umstellungen von Strom auf Gas komme und Entmietungen gebe.

Seite 125 - Personenstandswesen

Stv. K l e b e r interessierte der Anstieg der Personalaufwendungen (Pos. 11). OB D e t t e und Herr B a u e r erklärten, neben der Veranschlagung der Personalkosten seien dort auch Altersteilzeitkosten aufgeführt.

Seite 136 - Straßenverkehrsangelegenheiten

Stv. K l e b e r hinterfragte die Veranschlagung von 35.000 € für die Erträge aus dem Betrieb der Rotlichtüberwachungsanlagen. Diese Beträge seien auf Seite 135, Pos. 3, ausgewiesen, führte OB D e t t e aus.

Seite 136 - Straßenverkehrsangelegenheiten und Seite 327 - Parkscheinautomaten, Parkplätze

Stv. W a g n e r interessierte zu erfahren, wieso die Erträge/Entgelte nicht an einer Stelle zusammengefasst werden. Herr P e t e r s erläuterte die Organisationsstrukturen.

Seite 143 - Museen und Sammlungen

Stv. K l e b e r fragte nach den Gründen des Mehraufwandes bei den Personalaufwendungen (Pos. 11). OB D e t t e erläuterte den Sachverhalt im Zusammenhang mit den Aufsichtskräften.

Stv. K l e b e r merkte an, ob es wegen des freien Eintritts für Schulklassen nicht zu einer Einnahmenminderung (Pos. 2) komme. OB D e t t e erläuterte, die Angelegenheit sei auch im Kulturausschuss angesprochen worden. Die Auswirkungen seien marginal.

Seite 143/145 - Museen und Sammlungen

Stv. K l e b e r fragte nach der Differenz Seite 143, Pos. 13 und Seite 145, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Museen. OB D e t t e klärte auf.

Seite 149/151 - Theaterförderung

Bezüglich der Differenz (Seite 149, Pos. 15 und Ausführungen Seite 151) teilte OB D e t t e auf Nachfrage von Stv. H e d d e r i c h mit, dass der Zuschuss für den Theaterring i. H. v. 19.000 € nicht aufgeführt sei. Auf die Zusatzfrage von Stv. B r e i d s p r e c h e r gab er davon Kenntnis, der Zuschuss für „Franzis“ sei unverändert.

Seite 156 - Musikschule e. V.

Von Stv. B r e i d s p r e c h e r angesprochen erläuterte OB D e t t e, dass sich die Angaben auf Leistungen der Stadt Wetzlar beziehen.

Seite 158/160 - Heimat- und sonstige Kulturpflege

Zu Seite 158, Pos. 5, von Stv. K l e b e r angesprochen, führte OB D e t t e aus, es handele sich um einen Investitionszuschuss an den Landwirtschaftlichen Verein Wetzlar.

Seite 176 - Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege

Stv. W a g n e r erkundigte sich nach dem Zuschuss für die AWO. OB D e t t e erklärte, der Betrag entspreche der voraussichtlichen Anforderung der AWO.

Seite 248 - Steuerung der Jugendhilfe

Zu den von Stv. K l e b e r in Pos. 11 erwähnten Personalaufwendungen und dessen Hinweis, diese Aufwendung den einzelnen Produkten zuzuordnen, machte OB D e t t e darauf aufmerksam, dass dies zu aufwendig sei. Zum Vorschlag von Stv. W a g n e r, Schlüssel zu bilden, wies OB D e t t e auf den Bericht des Landesrechnungshofes hin.

Seite 254/256 - Städtische Kindertageseinrichtungen

Bezugnehmend auf Seite 254, Pos. 3, fragte Stv. H e d d e r i c h an, ob es hier in diesem Bereich gerichtsanhängige Verfahren gebe. OB D e t t e betonte, die aufgeführte Zahl ergebe sich aufgrund von Vereinbarungen.

Zu Seite 254, Pos. 7, fragte Stv. K l e b e r nach, um welche Zuschüsse es sich handle. OB D e t t e wies auf die Erläuterung Seite 256 hin. Er sagte eine gesonderte Erläuterung durch die Kämmerei zu.

Seite 258 - Städtische Kindertageseinrichtungen

Aufgrund einer neuen Sachlage erkundigte sich Stv. K l e b e r nach dem Ausbau

und der Erweiterung des Kindergartens Nauborn. StR Hauptvogel sagte Beantwortung zu.

Seite 267 - Einrichtungen der Jugendarbeit

Stv. Droß interessierte zu erfahren, ob bei dem Honorar im Bereich Jugendzentren und Jugendhäuser ein Teilbetrag für Garbenheim ausgewiesen sei. OB Dettle sagte Beantwortung zu.

Seite 269 - Sportförderung

Stv. Kleber sprach Pos. 11 „Personalaufwendungen“ an. Auch hier seien die Kosten für Altersteilzeit veranschlagt.

Seite 274 - Bäder

Stv. Kleber fragte wegen der Produktverantwortlichkeit von Amt -20- (Kämmerei) nach. Auch vermissten er und Stv. Breidsprecher den Vergleich zum Vorjahr. Es handele sich um die finanzielle Abwicklung mit der enwag im Rahmen der Betriebsführungsverträge, erläuterte OB Dettle. Bezüglich der Vergleichszahlen werde die Kämmerei tätig.

Seite 282 - Ungedeckte Sportstätten

Stv. Kleber fragte an, wann mit einer neuen Vorlage für das Stadion zu rechnen sei. OB Dettle erklärte, er nehme die Frage auf und kündigte an, dass dies möglichst bald geschehen solle.

Seite 294 - Soziale Stadt

Stv. Kleber wies auf die VE i. H. v. 65.000 € bezüglich Lärmschutz Panse hin. Im Rahmen der Maßnahme „Soziale Stadt“ erfolge hier eine Drittelfinanzierung (Bund, Land, Stadt), merkte OB Dettle an.

Seite 301 - Wohnungsaufsicht

Zur Frage von Stv. Hedderich erläuterte OB Dettle, dass der Verwaltungskostenanteil nur bei Investitionen abrufbar sei.

Seite 306 - Abwasserreinigung und -beseitigung

Zum Hinweis von Stv. Kleber auf Pos. 9 (130.000 €) legte OB Dettle dar, es handele sich um eine Entnahme aus der Gebührenausgleichsrücklage.

Seite 306/308 - Abwasserreinigung und -beseitigung

Um welche Mietkosten (Seite 306, Pos. 13, Teilansatz 39.190 €) es sich handele, wollte Stv. Kleber erfahren. Herr Bauer führte aus, die Miete werde von der Stadt für eine Teilnutzung des vom Abwasserverband errichteten Betriebsgebäudes gezahlt.

Seite 313 - Gemeindestraßen

Stv. K l e b e r fragte nach dem Unterschied zwischen bituminöser Erneuerung und Instandhaltung. Herr B a u e r erklärte, bei der bituminösen Erneuerung handele es sich um eine Kompletterneuerung, z. B. Stoppelberger Hohl.

Seite 317 - Kreisstraßen

Stv. K l e b e r hinterfragte den Betrag von 10.000 € für „Einbau Verkehrssignalanlagen“. Es handele sich hierbei um LED-Umrüstung, so Herr B a u e r.

Seite 330 - Rad- und Wanderwege

Stve. D r o ß erkundigte sich nach dem Ausbau und der Erweiterung der Rad- und Wanderwege. Die Durchführung der aufgeführten Maßnahmen sei für das Jahr 2010 nicht vorgesehen, betonte StR H a u p t v o g e l.

Seite 344 - Wasserläufe / Wasserbauliche Anlagen

Stv. H e d d e r i c h fragte an, ob die Maßnahme im Dillfeld bis zum Hessentag abgeschlossen sei. Die Maßnahme, so OB D e t t e, gehe bis ins Jahr 2011. Er gehe davon aus, dass bis zu diesem Zeitpunkt die Maßnahme nicht vollständig abgeschlossen sei.

Seite 345 - Friedhöfe

Auf Nachfrage von Stv. H e d d e r i c h wurde bestätigt, dass die Gebührenerhöhung in Pos. 1 bereits berücksichtigt sei.

Seite 354 - Naturschutz und Landschaftspflege

Stv. B r e i d s p r e c h e r erkundigte sich, was es mit den Erlösen aus Ökopunkten auf sich habe. OB D e t t e erläuterte, es handele sich um Beträge für die von der Stadt zu schaffenden Ausgleichsflächen. StR H a u p t v o g e l nannte ergänzend hierfür den Grundstücksverkauf für den neuen Markt in Nauborn.

Seite 368 - Wirtschaftsförderung und Standortentwicklung

Stv. K l e b e r erkundigte sich, was der Betrag von 131.000 € für sonstige Aufwendungen für Wirtschaftsförderung beinhalte. StR H a u p t v o g e l erläuterte und sagte ergänzende Darstellung zu.

Zur Anmerkung von Stv. K l e b e r führte OB D e t t e aus, dass der Zuschuss für das Zentrum für Mathematik in Wetzlar ausreichend sei.

Seite 369 - Wirtschaftsförderung und Standortentwicklung

Weil er keine Erhöhung sehe bat Stv. K l e b e r, den Folgesatz bei „Zuschüsse für laufende Zwecke - Stadtmarketingverein“ zu streichen.

Seite 416 - Stellenplan

Stv. **W a g n e r** interessierten die Gründe für den Wegfall von 3,5 Stellen beim Stadtbetriebsamt zu erfahren. StR **H a u p t v o g e l** erläuterte, es handle sich um den Abbau freiwilliger Leistungen, wie Wegezeiten und Pausen. OB **D e t t e** fügte ergänzend hinzu, es gehe um einen rechnerischen Personalüberhang.

Änderungsliste

OB **D e t t e** nannte die Gründe, die zur Änderungsliste führten. Zu nachstehenden Ziffern erfolgten Wortmeldungen:

100/11 - Zuschuss Land städtische Kindertageseinrichtungen und 100/12 - Förderung freier Träger / Verwendung der Landesmittel

Auf die Frage des Stv. **B o r c h e r s**, ob Konnexität bestehe, führte OB **D e t t e** aus, die beiden Anträge würden nicht korrespondieren.

100/13 - Festival des Sports

Stv. **K l e b e r** bat um Anbringung eines Sperrvermerkes. OB **D e t t e** kündigte hierzu eine Vorlage mit dem geplanten Konzept und entsprechender Finanzierungsübersicht an. Die Frage, ob sich damit die Anbringung eines Sperrvermerkes erledigte habe, bejahte Stv. **K l e b e r**.

200/2 - Investitionszuschuss Blau-Weiß Wetzlar

Stv. **B r e i d s p r e c h e r** berichtete, der Sozialausschuss habe den Änderungsbetrag mit einem Sperrvermerk versehen, der von diesem Ausschuss aufzuheben sei.

200/9 - Sanierung der Alten Lahnbrücke

Stv. **K l e b e r** interessierte der Grund zur Änderung zu erfahren. OB **D e t t e** erläuterte, dies sei wegen des geänderten Bauzeitenablaufes, u. a. wegen Brückenfest und Gallusmarkt, geschehen.

200/15 - Abbruchkosten der bisherigen Philipp-Schubert-Schule

Stv. **K l e b e r** erbat Auskunft hinsichtlich der Kostenzusammensetzung. Die Kosten betragen 210.000 €, davon trage die Stadt Wetzlar 50 %, so OB **D e t t e**.

Abstimmung über die Liste mit Sperrvermerk bei Ziffer Nr. 200/2: 11.0.0

Haushaltsanträge

Anträge 101 und 102 - Parlamentarischer Abend

Stv. **B r e i d s p r e c h e r** erklärte, er werde nicht zustimmen. Die Kosten für die Jahre 2008 und 2009 wurden von Herrn **N i c k e l** mit jeweils 7.000 € beziffert. Der

Ausschuss sprach sich dafür aus, bei beiden Anträge eine Reduzierung um 7.000 € auszuweisen.

Abstimmung mit o. g. Änderung: 10.1.0

Antrag 103 - Hausaufgabenhilfe

Abstimmung: 0.7.4

Antrag 104 - Hausaufgabenhilfe

Der Ausschuss beließ den Antrag im Geschäftsgang.

Antrag 105 - Clustermanagement Optische Industrie

Unter Hinweis auf die Komplementärförderung befürwortete OB D e t t e den Zuschuss. Stv. W a g n e r und FrkV M i c h a l e k beantragten, den Betrag mit einem Sperrvermerk zu versehen, aufzuheben durch den Finanz- und Wirtschaftsausschuss.

Abstimmung mit o. g. Änderung: 11.0.0

Antrag 106 - Optikparcours

FrkV M i c h a l e k berichtete, der Bauausschuss habe den Antrag mit einem Sperrvermerk versehen, aufzuheben durch Bau- und Finanz- und Wirtschaftsausschuss.

Abstimmung mit o. g. Änderung: 11.0.0

Antrg 107 - Optikparcours

FrkV M i c h a l e k betonte, der Personalaufwand sei zwecks Klarheit darzustellen. OB D e t t e nannte den Betrag von 29.000 €.

Abstimmung mit o. g. Änderung: 11.0.0

Antrag 201 - Grundstücksverkehr

OB D e t t e vertrat die Auffassung, kassenwirksame Mittel für 2010 einzustellen sei verfrüht. Es entwickelte sich eine kontroverse Diskussion zwischen Stv. Droß und FrkV Lefèvre einerseits und FrkV Michalek andererseits. Es erging der Vorschlag, den Betrag in eine VE umzuwandeln.

Abstimmung mit o. g. Änderung: 10.1.0

Antrag 201 a - Spielplatz „Im Grund“, Steindorf

Abstimmung: 11.0.0

Antrag 202 - Erweiterungsbau der Sportjugend

Abstimmung: 11.0.0

Antrag 203 - Hallenbad Europa

Stv. B o r c h e r s machte folgenden Änderungsvorschlag:

„Die VE wird um 125.000 € aufgestockt, versehen mit einem Sperrvermerk, aufzuheben durch die Stadtverordnetenversammlung, für Maßnahmen wettkampfgerechte elektronische Zeitmessanlage, Anzeigetafel, Startblöcke und Erweiterung der Beschallungsanlage.“

Abstimmung mit o. g. Änderung: 11.0.0

Antrag 204 - Ausbau und Erneuerung Kanäle, Rückersbodenseit II, Steindorf

Abstimmung: 10.0.1 (red. Änderung: VE 245.000 €)

Antrag 205 - Ausbau und Erneuerung Kanäle, Zum Scheid, Blasbach

Abstimmung: 0.7.4

Antrag 206 - Ausbau und Erneuerung Gemeindestraßen, Zum Scheid, Blasbach

Abstimmung: 0.7.4

Antrag 207 - Ausbau und Erneuerung Gemeindestraßen, Rückersbodenseit II, Steindorf

Abstimmung: 10.1.0 (red. Änderung: VE 275.000 €)

Antrag 208 - Bebauung Westend

Der Ausschuss beließ den Antrag im Geschäftsgang.

Antrag 209 - Straßenbeleuchtung Landhotel „Naunheimer Mühle“

Abstimmung: 4.7.0

Antrag 210 - Straßenbeleuchtung Landhotel „Naunheimer Mühle“

Abstimmung: 10.1.0

Antrag 211 - Ausbau und Erneuerung Gemeindestraßen, Bahnhofstraße, Dutenhofen

Abstimmung 6.1.4

Antrag 212 - Ausstattung Rad- und Wanderwege, Bootshaus, Lahnhof

OB D e t t e gab bekannt, dass eine Bauanfrage für das ehem. Gelände der Fa. J. G. Müller vorliege. Stve. D r o ß bat, von der Beleuchtung Abstand zu nehmen und das Geld für die Sanierung des Radwegteilstückes zu verwenden.

Abstimmung: 4.6.1

Antrag 213 - Ausbau und Erweiterung Rad- und Wanderwege, Inselstraße

Abstimmung: 11.0.0

Antrag 214 - Ausbau und Erweiterung Rad- und Wanderwege, Inselstraße

Abstimmung: 11.0.0

Antrag 215 - Ausbau und Erweiterung Rad- und Wanderwege, Inselstraße

Abstimmung: 11.0.0

Antrag 216 - Weg zum Grillplatz Hermannstein

Abstimmung: 10.0.1

Antrag 217 - Bezuschussung von Solaranlagen, Regenwassernutzung und Entsiegelungsmaßnahmen

Abstimmung: 5.6.0

Antrag 218 - Investitionszuschuss Optikparcours

Der Ausschuss schloss sich der Änderungsempfehlung des Bauausschusses zur Anbringung eines Sperrvermerkes, aufzuheben durch Bau- und Finanz- und Wirtschaftsausschuss, an.

Abstimmung mit o. g. Änderung: 11.0.0

TOP 3

1607/10

Unterstützung der Ausländerbeiratswahlen 2010

OB D e t t e berichtete, dass der Magistrat eine Stellungnahme abgegeben habe. Er wies darauf hin, dass die Stadt Wetzlar „Modellregion für Integration“ sei. Selbstverständlich könne keine Einwerbung für Listen vorgenommen werden. Stv. B r e i d - s p r e c h e r vertrat die Auffassung, in Wetzlar gebe es in dieser Angelegenheit keine Defizite.

FrkV Dr. B ü g e r schlug folgende Änderung der Ziffer 2 des Antragstextes vor, weil er keinen Sinn darin sehe, den Magistrat mit etwas zu beauftragen, was dieser schon ausführe:

„2. Die Stadtverordnetenversammlung Wetzlar **begrüßt**, dass der Magistrat in Zusammenarbeit mit dem gewählten Ausländerbeirat eine Kampagne zur Unterstützung der Ausländerbeiratswahl 2010 initiiert und durchführt. Hierbei **wird** dem Ausländerbeirat in besonderer Weise Hilfe geleistet werden bei der Kampagnenfähigkeit für

den Wahlkampf und die Öffentlichkeitsarbeit für den Wahltermin.“

Stv. B o r c h e r s vertrat die gleiche Auffassung, weil nach dem jetzigen Wortlaut der Ziffer 2 der Eindruck entstehe, dass keine Unterstützung erfolge. Bei Ablehnung des Antrages, so OB D e t t e, könne tatsächlich dieser Eindruck Platz greifen. Stv. W a g n e r beantragte getrennte Abstimmung.

Abstimmung zu Ziffer 1 (unverändert): 10.0.0

Abstimmung zu Ziffer 2 (mit o. g. Änderung): 6.0.5

TOP 4

1582/09

Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie

Keine Wortmeldungen.

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.